

**Interpellation GRÜNE-Fraktion:  
«Armutsbekämpfung: Vorschläge und Lösungen»**

Die vorausgesagte weitere Teuerung im kommenden Jahr wird für armutsbetroffene Menschen massive negative Auswirkungen haben. Die Energiekosten werden weiter steigen, damit verteuern sich nicht nur die Nebenkosten für das Wohnen, sondern auch für Kleider, Lebensmittel, Hygieneprodukte usw. Durch den steigenden Referenz-Zinssatz und den knappen Wohnraum werden auch die Mieten weiter ansteigen. Dazu kommt die Kostensteigerung der Krankenkassen, die nicht im Landesindex der Konsumentenpreise eingerechnet sind.

Kurzum: Für Menschen, deren Einkommen am oder knapp über dem sozialhilferechtlichen Existenzminimum liegt, sind diese Mehrkosten nicht mehr tragbar. Die Gefahr, sich dabei zu verschulden (u.a. Steuerschulden) oder in die Sozialhilfe zu rutschen, ist gross.

Der von der Regierung angekündigte Bericht «Grundlagen der Familienpolitik im Kanton St.Gallen» 40.23.05 liegt vor und soll in der Frühjahrssession 2024 behandelt werden. Darin werden auch Möglichkeiten zur Verbesserung der finanziellen Lage von armutsgefährdeten Familien im Kanton St.Gallen abgeleitet. Leider wird die Einführung einer Familien-EL aus finanzpolitischen Gründen als nicht zweckmässig angesehen. Eine solche wäre in der zurückgezogenen Motion 42.21.15 gefordert worden. Bereits mehrere Kantone operieren erfolgreich mit einer Familien-EL.

Ein durch die Regierung in Auftrag gegebenes Monitoring über die finanzielle Situation aller Bevölkerungsgruppen, von Jung bis Alt, fehlt bisweilen.

Der Armutsbericht 2023 plus der CARITAS St.Gallen Appenzell zeigt nun auf, dass ein grosser Handlungsbedarf besteht, insbesondere auch bei alleinstehenden Personen. Zudem werden darin verschiedene Vorschläge aufgezeigt, wie die prekäre Situation von Armut betroffenen oder gefährdeten Menschen möglichst rasch verbessert werden kann. Die Erhöhung des Kantonsbeitrags an die IPV wird begrüsst, ob die Erhöhung ausreicht, muss sich weisen. Mit den Verbesserungsmaßnahmen durch Präventionsarbeit und Unterstützung können am Ende des Tages Sozialhilfegelder eingespart und allenfalls sogar Steuer-Mehreinnahmen generiert werden.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Regierung bereit, die Rückzahlungsmodalitäten (Gesetzgebung) von Sozialhilfeleistungen zu überprüfen, damit es sich lohnt zu arbeiten und eigenes Einkommen zu generieren?
2. Ist die Regierung bereit, verstärkt in die Weiterbildung von Personen zu investieren, die Sozialhilfe beziehen, und diese damit schneller eine bezahlte Arbeit finden?
3. Ist die Regierung bereit, Instrumente zu schaffen für den direkten freiwilligen Lohn-Abzug, damit sich die Steuerzahlenden nicht verschulden?»